Dietmar Erlacher ist Obmann des Vereins Krebspatienten für Krebspatienten.
……

Tabakrauch ist einer der häufigsten vermeidbaren Ursachen von Krebserkrankungen.
Dietmar Erlacher war selbst von einer Krebserkrankung betroffen, er fühlt sich deshalb besonders dem Schutz der Nichtraucher verpflicht.

Aufgrund des neuen Tabakgesetzes hoffte er so wie viele andere Nichtraucher auf einen zuverlässigen Nichtraucherschutz und eine Änderung des Rauchverhaltens der Österreicher. Jedoch die vergangenen Monate zeigten, dass sich diesbezüglich nur wenig geändert hatte. Gemeinsam mit zahlreichen Helfern und anderen namhaften Vertretern des Nichtraucherschutzes gründete er ein offenes Netzwerk. Dieses arbeitete fleißig daran die weiterhin untragbare Situation zu erheben, zu dokumentieren und das Versagen des Gesetzes aufzuzeigen.

Um die Medien zu erreichen und um sie für den Nichtraucherschutz zu sensibilisieren wählte man die von Minister Stöger empfohlene Möglichkeit der Anzeigen bei Verstößen gegen das Tabakgesetz. Aufgrund seiner zentralen Lage und der zahlreichen Lokale wurde die Situation im ersten Bezirk in Wien erfasst. Bereits die Ankündigung der Übergabe der Meldungen stieß auf großes Interesse der Medien. Die Aktion wurde im Vorfeld heftig kontrovers diskutiert, der Widerstand der Raucherlobby machte sich unangenehm bemerkbar.

Herr Erlacher tritt für ein generelles Rauchverbot in Österreichs Gaststätten ein. Er fordert eine rasche Durchsetzung eines funktionierenden Nichtraucherschutzes durch den Staat und die Behörden. Es ist nicht zumutbar, dass sich die Leidtragenden und die Betroffenen eines versagenden Gesetzes um ihren Schutz selbst kümmern müssen. Der Schutz der Gesundheit dieser Personen ist Aufgabe des Staates, dieser Aufgabe muss er sich jetzt stellen.

o.UnivProf.Dr.med. Manfred Neuberger
Ordinarius für Umwelthygiene
Institut f. Umwelthygiene d. Med. Univ. Wien
A - 1095 Wien, Kinderspitalg. 15
Tel / Fax +431(0) 4277 647-01 / -99
manfred.neuberger@meduniwien.ac.at

Facharzt f. Innere Medizin,
Hygiene u. Präventivmedizin,
Arbeits u. Betriebsmedizin

www.aerzteinitiative.at

Das Ergebnis einer ersten Evaluation des seit 1. Jänner geltenden Tabakgesetzes durch Betroffene (Patienten und Studenten) bestätigt die Prognose der Ärzteinitiative, die Kdolsky vor dem Rat der Austria Tabakwerke (ein Unternehmen von Japan Tobacco) und dem Abschreiben des Spanischen Gesetzes gewarnt hatte. Das übrige Westeuropa sowie Nordeuropa und Italien haben dagegen saubere Gesetze gemacht und beobachteten in der Folge einen Anstieg der Zustimmungsraten von Werten um 60% (wie dzt. noch in Österreich) auf 90% und darüber. Bereits im ersten Jahr nach Einführung genereller Rauchverbote in der Gastronomie kam es sowohl beim Personal zu einer Verbesserung des Gesundheitszustandes als auch in der Bevölkerung. Die Herzinfarkte nahmen um etwa 10% ab; bei jüngeren Menschen, die öfter Gaststätten aufsuchen, noch mehr. Der Personaleinsatz zur Überwachung des Rauchverbotes war dem bei Einführung der Gurtenpflicht im Auto vergleichbar und machte sich z.B. in Schottland schon im ersten Jahr dadurch bezahlt, dass Herzinfarkte bei Nichtrauchern um 21% und bei Exrauchern um 19% abnahmen, weil der Risikofaktor Passivrauchen wegfiel. Bei Rauchern betrug die Abnahme im ersten Jahr nur 14%, aber langfristig profitieren vor allem Raucher (durch Aufgabe des Rauchens, weil es ihnen durch die Rauchverbote schwer gemacht wird).
Für vorgeschädigte Patienten ist schon eine halbstündige Einatmung verrauchter Raumluft gefährlich, weil es zu Gerinnungsstörungen kommt und Ultrafeinstaub die Gefäßerweiterung behindert. Koronarpatienten können beim Besuch eines verrauchten Lokales ihr Leben riskieren. Passivrauchen über Jahre kann auch gesunde Gefäße schädigen und vorzeitig altern lassen. Außerdem werden etliche Krebserkrankungen durch Passivrauchen gefördert, besonders der Lungenkrebs.
Das „spanische Modell" ist sowohl in Spanien wie in Österreich gescheitert durch
-weitgehende Aushöhlung des Nichtraucherschutzes durch Ausnahmeregelungen,
-massive Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten umbaupflichtiger Gastronomiebetriebe,
-eine Gewöhnung der Gäste und Wirte an Gesetzesverstöße aufgrund ineffizienter Kontrollen und fehlender Sanktionen,
-wachsende gesundheitliche Belastungen der Beschäftigten in der Gastronomie,
-anhaltende gesellschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Rauchern und Nichtrauchern.
Dagegen war ein generelles Rauchverbot immer ein Erfolg und führte bisher nirgends zu Umsatzeinbußen der Gastronomie.
Österreich hat sich 2005 nach einstimmigem Beschluss im Parlament zur Einhaltung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs verpflichtet. Artikel 8 verlangt den Nichtraucherschutz ohne Ausnahmen für kleine Gaststätten. Bisher beriet unsere Regierung Tabakgesetznovellen mit Vertretern der Tabakindustrie, was nach Artikel 5.3 unzulässig ist. Unsere Politiker sollten nicht mehr auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung Geschäfte mit ausländischen Tabakkonzernen machen, sondern beweisen, dass ihnen Kindergesundheit und Luftreinhaltung ehrliche Anliegen sind, nicht nur beim Transitverkehr.
Während die Luftqualität heute bereits in fast allen Gaststätten Italiens ausgezeichnet ist, messen wir in österreichischen Lokalen noch immer Werte, die in der Außenluft sofort Alarm auslösen würden, auch in den für Kinder zugänglichen Bereichen.
Wir fordern daher, mit einem landesweit einheitlichen und ausnahmslosen Rauchverbot in der Gastronomie die Gebote des Gesundheitsschutzes und der ökonomischen Chancengleichheit in Einklang zu bringen.

Dr.med. Dr.phil. Tamás Fazekas

Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde
Psychotherapeut
Philosoph

Spezialgebiete sind Prävention und Behandlung von Lungenerkrankungen im Kindesalter. Durch einen eigenen Informationsfolder der in Spitälern, Kinderarztordinationen und Kindergärten aufliegt, sollen Kinder vor den Schäden von Passivrauch geschützt werden.

Pressekonferenz "Kein Nichtraucherschutz in Österreichs Gaststätten" Österreichische Ärztekammer 20.4.2009

Statements zur Vermeidung von Schäden durch Passsivrauch beim Ungeborenen, bei Kindern und bei Jugendlichen

Verantwortung während der Schwangerschaft:
Die Lunge des Ungeborenen ist besonders empfindlich für Schäden durch Tabakrauch. Chronische Schäden durch Tabakrauch entstehen somit bereits vor Geburt. Rauchen oder Passivrauchexposition in der Schwangerschaft führt später zu deutlich reduzierter Lungenfunktion des Kindes und erhöht das spätere Risiko des Kindes für den plötzlichen Kindstod, Asthma Bronchiale, Mittelohrentzündung und neuropsychiatrische Erkrankungen.

Verantwortung der Erwachsenen:
Die Erwachsenen haben eine enorme Verantwortung: schwangere Frauen müssen ihre ungeborenen Kinder schützen und Eltern müssen eine positive Vorbildwirkung zeigen, da in frühester Kindheit die Prägung für spätere Nikotinsucht der Kinder erfolgt. Eltern und das Gesundheitssystem müssen Kinder über die Schäden durch Tabakrauch aufklären und müssen verhindern dass Kinder im privaten aber auch im öffentlichen Raum Passivrauch ausgesetzt werden.

Verantwortung des Gesetzgebers:
Die Schäden durch Passivrauch im Kindesalter sind zahlreich und teilweise irreversibel. Sie verursachen langfristig enorme Kosten für das Gesundheitssystem. Daher muss der Gesetzgeber Sorge tragen dass etwa Kinder keinen Zutritt zu öffentlichen Raucherräumen haben, wie es bereits in Deutschland oder Chile der Fall ist.

Links zu Publikationen:

Informationsbroschüre des St. Anna Kinderspitals:
http://www.stanna.at/media/documents/STA_401a_002_Raucherbroschüre_St_Anna_deutsch.pdf

Die unendliche Geschichte der Rauchzeichen:
http://www.aerzteinitiative.at/BroKindergarten.pdf

Dr. Keyvan Davani
Postfach 34
1196 Wien
keyvan.davani@smokereality.com
www.smokereality.com
Mobil: +4369918254248

SmokeReality™
Free Your Mind

Dr. Keyvan Davani: Rechtswissenschaftlicher Experte zu Fragen des Haftungsrechts der Tabakindustrie. Recherchierte jahrelang in den internen Dokumenten der multinationalen Tabakkonzerne, die im Zuge mehrerer Gerichtsprozesse in den USA erstmals an die Öffentlichkeit gelangten. Er verfügt über persönliche Kontakte zu Tabakindustrie-Insidern sowie über umfassendes Wissen und relevante Hintergrundinformationen zu den Forschungen und Marketingaktivitäten der Tabakindustrie.

Anliegen ist ihm, neben der juristischen Expertise, wissenschaftliche Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe, die in den Medien kaum oder nur unzureichend angesprochen werden, einer breiten Öffentlichkeit und vor allem Rauchern bewusst zu machen.

Statement zur derzeitigen rechtlichen Situation zum Nichtraucherschutz:

Ist-Situation:

- Das zurzeit in Österreich geltende **Tabakgesetz** beruht auf der kompetenzrechtlichen Grundlage des Gesundheitswesens (Artikel 10 Abs 1 Z 12 B-VG). Dennoch weigert sich der Gesetzgeber bedingt vorsätzlich die erdrückenden wissenschaftlichen Fakten und Erkenntnisse (national und international) zu den realen Gefahren des Passivrauchens zum Wohle des effektiven und umfassenden Gesundheitsschutzes der Bevölkerung in das Gesetz einfließen zu lassen.
- Nicht nur in der Gastronomie, sondern auch an anderen Arbeitsplätzen wird die Verletzung des Nichtraucherschutzes derzeit von Amtswegen **nicht exekutiert**. Dadurch bleibt das Gesetz wirkungslos (klassische „österreichische Lösung“).

Konsequenzen:

- Durch den (teilweise bewussten) Verstoß gegen das Tabakgesetz verschaffen sich einige Gastronomen einen **Wettbewerbsvorteil** gegenüber Konkurrenten. Erhebliche wirtschaftliche Umsatzeinbußen sind die Folge.
- Von vielen Gastronomen werden die relativ geringen **Geldstrafen bei Verstößen** gegen das Tabakgesetz **in Kauf genommen**.
- Auch **systematische Verstöße** gegen das **unlautere Wettbewerbsgesetz** werden nicht sanktioniert und damit geduldet.

Europäische Union-Österreich:

- **Österreich** ist, laut Studien (Joossens / Raw, Progress in Tobacco Control in 30 European Countries, 2005-2007), das **Schlusslicht in Europa** in den Bereichen **Nichtraucherschutz, Informationskampagnen, Prävention**, **Werbeverbote, Rauchentwöhnung** etc.
- Die **EU** wird in den nächsten Jahren ein **absolutes Rauchverbot über den Arbeitnehmerschutz** einführen. Dadurch wird auch **Österreich unter Zugzwang** zu handeln kommen.
- Erfahrungswerte aus anderen **EU-Mitgliedstaaten** zeigen, dass nicht nur die **Befürwortungsrate** der Bevölkerung zu den absoluten **Nichtraucherschutzbestimmungen** auf **bis zu 93%** gestiegen ist, sondern auch die **Umsätze in der Gastronomie** mittel- und langfristig **gestiegen** sind.